

Der «Leonhard-Kreis» stellt sich vor

«Nur wo politische Macht dezentralisiert, demokratisch eingegrenzt und überschaubar ist, bleibt die freie Mitbestimmung des Einzelnen garantiert»

(CH-S) Nicht nur die Gründung des «Bündnis Redefreiheit» (www.buendnisredefreiheit.ch) für die Schweiz und Deutschland liess in letzter Zeit aufhorchen. In Zürich hat sich ein weiterer hochkarätiger Verein der Öffentlichkeit vorgestellt, der ebenfalls die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger gegen eine zunehmend übergriffige Staatlichkeit vertritt:

Ueli Maurer (alt Bundesrat, SVP), Thilo Sarrazin (ehem. Finanzsenator Berlin, Ex SPD) und Hans Georg Maassen (ehem. deutscher Präsident des Bundeamtes für Verfassungsschutz) präsentierten am 27. Oktober einer breiteren Öffentlichkeit den «Leonhard-Kreis».¹ Dies ist ein dringend notwendiger Schritt gegen den schleichenden Verfall von Bürgersinn, Rechtsstaatlichkeit und Friedenswillen über die Grenzen der Schweiz hinaus.

Die Selbstdarstellung des «Leonhard-Kreis» auf seiner Homepage ist lesenswert:

«Unsere Positionen erarbeiten wir aus der Überzeugung heraus, dass es die vornehmste Aufgabe des Staates ist, die individuellen Grund- und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Der Leonhard-Kreis ist parteipolitisch und konfessionell neutral und nimmt nicht an Wahlen teil. Durch publizistische Arbeit in Wort, Bild und Ton sowie durch Referate und Veranstaltungen will der Verein zur politischen Bildung der Gesellschaft beitragen. Auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und Toleranz erstrebt er eine konstruktive Zusammenarbeit aller Mitwirkenden, um folgende (in den STATUTEN niedergelegte) Hauptziele zu erreichen:

1. Den Schutz des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates

Der *Leonard-Kreis* steht für einen europaweit zu beobachtenden Aufbruch im Kampf um die bürgerlichen Rechte des einzelnen Menschen. «Nur wo politische Macht dezentralisiert, demokratisch eingegrenzt und überschaubar ist, bleibt die freie Mitbestimmung des Einzelnen garantiert».



Für die Freiheitsrechte. Vlnr: Thilo Sarrazin, Ueli Maurer, Hans-Georg Maassen. Medienkonferenz, 27. Oktober 2025 Zürich. (KEYSTONE/Michael Buholzer)

2. Die Wahrung der individuellen Grund- und Freiheitsrechte
3. Den Einsatz für eine Ordnungs- und Finanzpolitik, die dem volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse dient
4. Die Wahrung des Friedens durch Förderung der Völkerverständigung
5. Den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen

In unserem MANIFEST verdeutlichen wir, dass auch nach dem Ende der Corona-Politik in unseren Gemeinwesen in der Schweiz, in Deutschland und Österreich eine Vielzahl von Symptomen erkennbar ist, welche darauf hinweisen, dass die Menschenrechte und demokratischen Partizipationsrechte durch transnationale Diktaturbestrebungen in erheblichem Masse gefährdet sind. In den westlichen Gesellschaften droht das zunehmend zentralisierte politische Handeln den Interessen der ganz grossen Mehrheit der Bevölkerung zuwiderzulaufen. Das Programm dieses von uns diagnostizierten Usurpationszustandes ist in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen beispielhaft niedergelegt. Wir sind zu der Einsicht gelangt, dass derzeit durch Wahlen allein die Ungleichgewichte nicht korrigiert werden können. Im Hinblick auf die Restitution von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Partizipation halten wir es für erforderlich, Bürger über Entwicklungen aufzuklären und zum friedlichen Widerstand anzuleiten.

Mittels Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildungsveranstaltungen des Leonhard-Kreises sollen alle aufbauwilligen Kräfte gebündelt und der Einzelne effektiv gestärkt werden, um die politischen und wirtschaftlichen Eliten zu einem Umdenken zu zwingen.

Was haben wir beobachtet?

Die Durchsetzung einer wissenschaftlich unbegründeten und ineffektiven Klimapolitik vernichtet unsere Wirtschaftskraft und schadet der Umwelt, ohne am globalen Klima etwas zu verändern. Vielmehr haben unnötige Massnahmen, welche sich auf die fälschliche Annahme eines anthropogenen Klimawandels stützen, zur Vernachlässigung eines sachgerechten Umweltschutzes geführt. Weltweit sehen wir wachsende Zerstörungen der Umwelt beispielsweise durch Schwermetalle oder Plastik.

Eine Bekämpfung der Landwirtschaft durch Regulation und gesetzliche Renaturierungsvorgaben resultiert in einer Reduktion der landwirtschaftlichen Produktionskapazitäten bei gleichzeitiger Zunahme des Hungers weltweit.

In den USA und in Westeuropa gefährdet die Politik der offenen Grenzen mit einer Masseneinwanderung in die Sozialsysteme die innere Sicherheit und die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates. Durch totale kulturelle Heterogenisierung wird die politische Willensbildung zersetzt. Der Sozialstaat verfällt zudem durch die demographische Entwicklung, der nicht durch Reformen, sondern mit Verschuldung und Ausbeutung der Erwerbstätigen begegnet wird.

Pandemiepolitik setzt Menschenrechte ausser Kraft – in Abwesenheit von relevanten pandemischen Gesundheitsgefahren.

Die Staatsverschuldung mit Inflation und Zersetzung der realwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit hat rasant zugenommen.

(Online-)Zensur interaktiver und nicht-interaktiver Medien schränkt die Meinungsfreiheit massiv ein.

Bildung und Wissenschaft unterliegen einer Agenda-2030-Politisierung und der Zensur.

Gegen unseren essentiellen Handelspartner Russland wird ohne jegliche Notwendigkeit eine Kriegspolitik verfolgt und beste Alternativen zur Verständigung und Partnerschaft bleiben ausser Acht; dazu unverantwortliche Kriegstreiberei auch an weiteren internationalen Kriegsschauplätzen und Krisenherden.

Identitätspolitik kleiner Sondergruppen wirkt dem politischen Umsetzungsprozess im Sinne der Interessen der unteren 90% entgegen.

Politische Macht wurde in nicht-demokratische transnationale Organisationen verlagert, die die Agenda 2030 zugunsten von Grossinvestoren und Konzernen abarbeiten (Private-Public-Partnerships).

Wir sagen Ja zum demokratisch abgestützten Föderalismus mit klar definierten Regeln

Ein von unten nach oben aufgebautes Gemeinwesen sichert die maximale Mitsprache des Einzelnen. Nur wo politische Macht dezentralisiert, demokratisch eingegrenzt und überschaubar ist, bleibt die freie Mitbestimmung des Einzelnen garantiert.

Die Wahrnehmung von innovativer Gestaltungskraft, Verantwortungsbewusstsein und Sparsamkeit bietet beste Voraussetzungen für einen gesunden Staatshaushalt.

Wir begründen unser Ja zu einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung

Der Staat soll ordnen, ohne die unternehmerische Leistung zu hemmen; er muss für die Wirtschaft freie und fortschrittliche Rahmenbedingungen schaffen. Dies gelingt u.a. durch geeignete Bildungsförderung, Rechtssicherheit, Abbau von Bürokratie, günstige Besteuerung und eine Währungs- und Geldpolitik, die auf Schuldenfreiheit abzielt.

Nur ein Bestehen unseres Landes im internationalen Wettbewerb kann den Wohlstand sichern. Um konkurrenzfähig zu bleiben, braucht die Wirtschaft Freiräume, in denen sie sich auf ihrem ethischen Fundament entfalten kann.

Wir leben unser Ja zu Eigenverantwortung und persönlichem Engagement

Das persönliche Engagement jedes Einzelnen ist von grosser Bedeutung. Jeder Einzelne trägt für sich selbst Verantwortung. Der Staat muss diese persönliche Freiheit schützen und zugleich durch richtigen Einsatz der Sozialsysteme zielgerichtet helfen, um Not und Armut zu lindern.

Freiheit bedeutet auch Verantwortung und Pflichterfüllung; Freiheit ist auch ein Dienst an der Gemeinschaft. Eine freiheitliche Gesellschaft ist auf Frauen und Männer angewiesen, die bereit sind, sich selbstlos für das Land und seine Eigenständigkeit einzusetzen.

In einer Gemeinschaft, innerhalb derer die Verschiedenheit respektiert wird, findet Freiheit dort ihre Grenzen, wo die Freiheit des einen die Freiheit des anderen tangiert.

Wir vertrauen auf die Werte, die Europa wirtschaftlich und kulturell stark machten

Was sich derzeit in einem Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie in wirtschaftlichen Problemen äussert, ist Ausdruck einer tieferen Krise. Eine Rückbesinnung auf ursprüngliche europäische Werte, zu denen auch Wettbewerb, Wissenschaft und Arbeitsethik gehört, kann unseren Ländern erneuten Aufschwung bescheren. Das Verpflichten der Staatsmacht auf die Beachtung und Verteidigung der Grund- und Freiheitsrechte sehen wir dabei als unseren besonderen Auftrag.

Wir handeln und ermutigen zu Zivilcourage

Die freien, mündigen und urteilsfähigen Bürgerinnen und Bürger bilden den Souverän.

Haben wir folglich alle den Mut, unsere Rechte und Freiheiten zu verteidigen und auch zu fordern, dass Regierende, Politiker, Funktionäre und weitere Personen, die sich einer Aberkennung von Grundrechten und damit eines Verbrechens gegen die Menschheit schuldig gemacht haben, durch Strafverfolgung für ihr Handeln zur Rechenschaft gezogen werden.

Wer sich mit den Vereinszielen identifiziert, kann durch seine Mitgliedschaft im Leonhard-Kreis dazu beitragen, dass es nicht die Regierenden bzw. globale Agenden sind, die über unsere Freiheitsrechte bestimmen. Diese Rechte stehen jedem Menschen – unabhängig von Stand und äusseren Umständen – absolut unveräusserlich zu.»

Quelle: <https://leonhard-kreis.ch/>, Leonhard Kreis, Postfach, 8021 Zürich, info@leonhard-kreis.ch

¹ Zur Namensgebung: «Der heilige Leonhard, Schutzpatron der Gefangenen und Kettenheiliger, inspiriert unseren Namen und unsere Mission: die Befreiung von ungerechten Fesseln und den Schutz individueller Freiheiten.»